



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag •

Die politische Lage in Deutschland Krawalle in Frankfurt nicht zu rechtfertigen Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt

In der vergangenen Woche haben mit ungehemmter Brutalität vorgehende Gewalttäter die Menschen in Frankfurt am Main in Angst und Schrecken versetzt. Die Bilder von brennenden Polizeifahrzeugen, eingeschlagenen Schaufenstern, brennenden Straßenbarrikaden, Schäden an zahlreichen Privatautos und vor allem die hohe Zahl der verletzten Polizisten haben in ganz Deutschland Entsetzen und Unverständnis hervorgerufen.

Ein junger Gewerkschafter aus dem Südwesten hat die Menschenverachtung der linken Gewalttäter auf den Punkt gebracht und das Geschehene folgendermaßen relativiert: „Die symbolische Gewalt, für die ein Auto in Flammen steht, ist doch nichts verglichen mit der strukturellen Gewalt unseres Wirtschaftssystems.“ Der Blockupy-Sprecher Christoph Kleine kritisierte den massiven Polizeieinsatz, den Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas und fordert Verständnis für die Randalierer ein. Aber selbst das ist noch nicht alles: Man müsse, so sagte er, eine andere Geschichte erzählen: die Geschichte der Menschen, die den Mut gehabt hätten, sich diesem Gewaltapparat auszusetzen. Wir kennen diese Sprache, aus den 70er- und 80er-Jahren. Sie erinnert in beklemmender Form an die kruden Sprachformeln der linksradikalen RAF! Das ist absolut inakzeptabel. Ganz offenbar haben die für die Veranstaltung verantwortlichen Personen gewusst oder zumindest in Kauf genommen, dass Gewalt angewendet werden sollte. Sie sind daher für die Ausschreitungen mitverantwortlich. Es ist eine Schande und spricht für sich, dass die Organisatoren einräumen, lediglich mit dem Ausmaß der Gewalt habe man nicht gerechnet. Wer so handelt, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Aktionsbündnisse, Medien, Parteien, Abgeordnete – niemand darf diese Gewalt relativieren, rechtfertigen oder auch nur Verständnis dafür haben. Eine demokratische Gesellschaft kann solche Gewaltausbrüche nicht hinnehmen. Sie sind kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung.

Keine Toleranz für Gewalt – in diesem Punkt sollten wir uns alle einig sein. Um das zu unterstützen, haben wir im Bundeshaushalt die Mittel für Programme wie „Demokratie leben!“ aufgestockt. Angesichts der Krawalle ist es gut, dass unser 1. Parlamentarischer Geschäftsführer, unser Landesgruppenmitglied Michael Grosse-Brömer, bei der zuständigen Bundesfamilienministerin nachfragt, wie hoch hier der tatsächliche und prozentuale Anteil der Projekte ist, die sich explizit der Verhinderung bzw. Bekämpfung linksradikaler Gewalt widmen. Wir sind gespannt auf ihre Antwort. Vor allem aber gilt unsere Solidarität und unser Dank den Polizeibeamten, Feuerwehrleuten, THW-Helfern und anderen Rettungskräften, die Leib und Leben einsetzen mussten, um die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten und die Bürger zu schützen.

Ein weiteres wichtiges Thema war in dieser Woche die Einführung der PKW-Maut. Alle, die auf Deutschlands Fernstraßen unterwegs sind, müssen künftig dafür zahlen. Halter von Fahrzeugen, die im Ausland zugelassen sind, können im Internet oder an Tankstellen zwischen einer Vignette für zehn Tage, zwei Monate oder einem Jahr wählen. Für sie gilt die Abgabe nur auf Autobahnen. Inländische Autobesitzer hingegen erhalten automatisch eine Jahresvignette, deren Kosten vom Kraftfahrt-Bundesamt abgebucht werden. Diese Jahresvignette gilt auf Autobahnen und Bun-

desstraßen. Die Höhe der Abgabe beträgt maximal 130 Euro und richtet sich nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit.

Für Halter von Pkw und Wohnmobilen, die in Deutschland zugelassen sind, entstehen jedoch keine Mehrbelastungen, da die entsprechende Summe über die Kfz-Steuer wieder zurückfließt. Statt einer Gebührenmarke aus Papier, die auf die Windschutzscheibe aufgeklebt wird, ist eine elektronische Vignette geplant. Das bedeutet, dass alle Mautzahler an ihrem Kennzeichen zu erkennen sind, das bei Zahlung der Abgabe registriert wird. Die Überwachung der Lkw-Maut funktioniert bereits ähnlich. Die Pkw-Maut ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur und bezieht nun endlich alle Nutzer der deutschen Autobahnen in deren Finanzierung mit ein.

Die Bundesregierung unterrichtet das Plenum in dieser Woche außerdem über die zentrale Bedeutung der Informationstechnologie für das Deutschland von morgen. Sie berichtet, wie sie die Herausforderungen der Sicherung von IT-Systemen und des Schutzes der Daten als zentrale Forschungsthemen aufgreift. Mit dem Forschungsrahmenprogramm „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt“ investiert die Bundesregierung in die vorausschauende Gestaltung technischer Systeme und die Rahmenbedingungen ihrer Nutzung, um vor Cyber-Angriffen zu schützen und das Recht des Bürgers auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren. Das Programm richtet sich an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie an Unternehmen und Anwender und bündelt die Forschungsaktivitäten der Bundesregierung zur IT-Sicherheit.

Digitale Technologien zur IT-Sicherheit sind ein dynamisches Innovationsfeld mit einem enormen Wertschöpfungspotenzial. Mit dem Forschungsrahmenprogramm „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt“ eröffnet sich die Chance, Deutschland zu einem Leitanbieter für IT-Sicherheitslösungen zu machen. Die Voraussetzungen hierfür sind sehr gut. Deutschland ist international führend im Datenschutzrecht und kann mit seiner hervorragenden Forschungslandschaft deutliche Akzente setzen. Da die Datenflüsse, insbesondere im Internet, nicht an Staatsgrenzen Halt machen, treibt die Bundesregierung auch den Entwicklungsprozess auf europäischer Ebene voran. Insbesondere werden hierbei vier Themenfelder aufgegriffen: Die Erforschung neuer Hightech-Werkzeuge und -Verfahren, die Sicherung komplexer IT-Systeme mit ihren vielfältigen Abhängigkeiten und Wechselwirkungen, die Sicherheit großer Anwendungsbereiche wie etwa Produktion oder Medizin, aber auch Privatheit und Datenschutz.

Unser Antrag greift diese Themen auf und fordert die Bundesregierung auf, bei der Entwicklung und Umsetzung der Strategie „Digitales Lernen“ Schwerpunkte zu setzen. Dabei ist uns unter anderem wichtig, dass auch und gerade in Einrichtungen der beruflichen Bildung in öffentlicher Hand eine geeignete technische Infrastruktur bereitgestellt wird und dass die Wissenschaftskompetenz durch die gezielte Förderung von Programmen und Wettbewerben zu sogenannten MINT-Fächern gestärkt wird. Nicht zuletzt bekräftigen wir unser Anliegen, ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht als Grundlage der digitalen Lehrmittelfreiheit zu schaffen.

Die Woche im Parlament

Gesetz zu dem Assoziierungsabkommen vom 21. März 2014 und vom 27. Juni 2014 zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits. Gesetz zu dem Assoziierungsabkommen vom 27. Juni 2014 zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits. Gesetz zu dem Assoziierungsabkommen vom 27. Juni 2014 zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits. Ziel der Abkommen zwischen den EU-Mitgliedstaaten auf der einen und der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau auf der jeweils anderen Seite ist eine politische Assoziation und Vertiefung der wirtschaftlichen Integration im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik. Vorgesehen ist dazu neben einer engeren Zusammenarbeit in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten die Einrichtung einer umfassenden Freihandelszone. Wir beraten und beschließen die Ratifikation der Abkommen in zweiter Lesung.

Durch Stärkung der digitalen Bildung Medienkompetenz fördern und digitale Spaltung überwinden. Der Antrag, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eingebracht haben, unterstützt die Umsetzung der Strategie „Digitales Lernen“ durch die Bundesregierung. **Dazu beraten wir das Forschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zur IT-Sicherheit. Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt 2015-2020.** Das Programm fokussiert sich ressortübergreifend auf vier Themenfelder: Die Erforschung neuer Hightech-Werkzeuge und -Verfahren, die Sicherung komplexer IKT-Systeme, die Sicherheit großer Anwendungsbereiche wie Produktion, Verkehr, Medizin und kritische Infrastruktur, sowie Privatheit und Datenschutz.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM Somalia auf Grundlage des Ersuchens der somalischen Regierung mit Schreiben vom 27. November 2012 und 11. Januar 2013 sowie der Beschlüsse des Rates der Europäischen Union vom 15. Februar 2010 und 22. Januar 2013 in Verbindung mit den Resolutionen 1872 (2009) und 2158 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Wir unterstützen den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung der Ausbildungs- und Beratungsmission der Bundeswehr in Somalia bis zum 31. März 2016. Die personelle Obergrenze von 20 Soldaten soll beibehalten werden. Ziel der EU-geführten Mission ist weiterhin, die fragile Staatlichkeit in Somalia zu stabilisieren und eine funktionierende, staatlich kontrollierte Sicherheitsarchitektur aufzubauen. Mit ihrer Tätigkeit leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag zur Befähigung des somalischen Militärs, Stabilität und Sicherheit in Somalia selbst zu gewährleisten.

Europas Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit durch Forschung und Innovation stärken. In unserem Antrag stellen wir die Bedeutung von Forschung und Innovation als Schlüssel für die langfristige Sicherung und Stärkung von Europas Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit heraus. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, die Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums weiterhin konsequent voranzutreiben. Damit einhergehen muss eine intelligente Vernetzung nationaler, bilateraler und europäischer Forschungs- und Innovationspolitik. Wir wollen darüber hinaus eine regelmäßige Berichtspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung mit Schwerpunkt auf Europa etablieren. Dazu fordern wir von der Bundesregierung die konsequente Umsetzung der **Strategie der Bundesregierung zum Europäischen Forschungsraum - Leitlinien und nationale Roadmap**, deren Ziel es ist, die im europäischen und internationalen Vergleich gute Position Deutschlands im Bereich Wissenschaft, Forschung und Innovation abzusichern. Im Zusammenwirken der verschiedenen Akteure, insbesondere von KMU und Hochschulen, soll die Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums aktiv vorangetrieben werden. Dazu gehören etwa effektivere nationale Forschungssysteme, die Verbesserung transnationaler Forschungsinfrastrukturen, eine Öffnung des Arbeitsmarktes für Forscherinnen und Forscher und ein besserer Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen. Als Koalitionsfraktionen unterstützen wir die Bundesregierung darin, die Forschungszusammenarbeit insbesondere bei großen gesamtgesellschaftlichen Fragen weiter auszubauen und plädieren dafür, sowohl den geplanten Europäischen Fonds für strategi-

sche Investitionen (EFSI) sowie das Programm Horizont 2020 gemeinsam zu einer Erfolgsgeschichte für Forschung, Innovation und Wachstum zu machen, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes. Mit dem Abschluss in 2./3. Lesung haben wir die notwendige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und die umweltpolitische Lenkungswirkung der Lkw-Maut sichergestellt. Hierzu wird die Mautpflicht zum 1. Juli 2015 auf weitere 1.100 Kilometer vierstreifiger Bundesstraßen ausgedehnt und die Mautpflichtgrenze zum 1. Oktober 2015 von 12 auf 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht abgesenkt.

Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer zeitbezogenen Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen (Infrastrukturabgabengesetz – InfrAG). Wir haben in 2./3. Lesung die Einführung einer Abgabe für alle Nutzer der deutschen Bundesfernstraßen und setzen damit einen weiteren Punkt aus dem Koalitionsvertrag um.

Auslaufen der Milchquote – Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehhalter sichern. Unser Antrag begrüßt den Ausstieg aus dem europäischen Milchquotensystem als konsequente Fortsetzung einer Politik hin zu einer am Markt ausgerichteten selbstverantwortlichen und wettbewerbsfähigen Milchwirtschaft. Diese Politik ermöglicht unternehmerische Entscheidungsfreiheit und bietet durch die weltweit steigende Nachfrage nach Milchprodukten große Chancen für die qualitativ hochwertigen Produkte der deutschen Milchwirtschaft. Gleichzeitig sehen wir die damit einhergehende Herausforderung stark schwankender Milchpreise für einzelne Milchviehhalter. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die Halter mit geeigneten Maßnahmen bei der Anpassung an die neuen Marktbedingungen zu unterstützen.

Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen. Mit unserem Antrag haben wir die Urbanisierung als einen der globalen sogenannten Megatrends auf die Tagesordnung gebracht. Darin legen wir dar, wie nachhaltig gestaltete Urbanisierung Wirtschaftsentwicklung, Armutsreduzierung, Umweltschutz, sozialen Wandel und politische Stabilität positiv beeinflussen kann. Zudem erheben wir urbanisierungspolitische Forderungen an die Bundesregierung in Hinsicht auf die nächste VN-Habitat-Konferenz im Oktober 2016, auf die europäische Stadtpolitik und die Entwicklungszusammenarbeit.

Daten und Fakten

Deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs. Die deutsche Wirtschaft wird im Jahr 2015 um 2,2% wachsen, für 2016 werden 1,9% prognostiziert. Nach einem kräftigen 1. Halbjahr 2015 werden die Unternehmen demzufolge ihre Produktionskapazitäten nahezu auslasten und dann mit Raten zulegen, die ihrem Potenzialwachstum entsprechen. Getragen wird das Wachstum in erster Linie vom privaten Konsum, vor allem gestützt durch den anhaltenden Beschäftigungsaufbau. Für 2015 wird mit rund 300.000 und für das kommende Jahr mit rund 200.000 zusätzlichen Jobs gerechnet. Anzeichen für eine Überhitzung der Konjunktur werden nicht gesehen. Wichtige Absatzmärkte wie der Euroraum und die chinesische Wirtschaft entwickeln sich nur schwach und auch die Investitionen nehmen nur verhalten zu.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Wir wünschen Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein schönes und gesegnetes Osterfest!

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Dr. Mathias Middelberg MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

